



Wählergemeinschaft Ahrensburg für Bürgermitbestimmung

WAB • Gartenholz 57 • 22926 Ahrensburg

09.06.2019

Antrag der WAB: Resolution zum Lärmschutz wg Fehmarnbeltquerung

Die Stadtverordneten bitten die Verwaltung umgehend mit dem Kreis Stormarn Kontakt aufzunehmen, um die Interessen der an der Bahnlinie liegenden Gemeinden zu bündeln und gemeinsam zu vertreten. Die bisherige Aussage der DB, dass ein Lärmschutz nicht verpflichtend seien, wenn der zu erwartende Güterverkehr auf den Bestandsgleisen abgewickelt wird, ist nicht zu akzeptieren. Ebenso ist das Ausweichgleis, welches am Ahrensburger Bahnhof auf einer Länge von mehr als 800m entstehen soll außerhalb des am dichtesten besiedelten Gebietes zu realisieren. Da alle Gemeinden entlang der Bahnstrecke Hamburg-Lübeck mit diesem Problem umgehen müssen, ist ein gemeinsames Vorgehen dringend geboten, um die Interessen optimal vertreten zu können. Ein Regionalrat entsprechend dem Kreis Ostholstein erscheint als ein zu bevorzugender Weg, um die Interessen der Gemeinden im Kreis Stormarn gegenüber der DB zu vertreten.

Begründung:

Im Jahre 2017 hat es bereits eine Resolution der Stadt Ahrensburg bzgl eines geänderten Lärmschutzes im Rahmen der Erweiterung der Gleisanlagen für die S4 gegeben. Die vorliegende Resolution bezieht sich im Gegensatz zur damaligen explizit auf die Auswirkungen einer freigegebenen Fehmarnbeltquerung bei gleichzeitig stark verzögerter S4 Fertigstellung. In diesem Szenario würde der Güterverkehr ohne weiteren Lärmschutz auf der Bestandsstrecke abgewickelt und weite Siedlungsbereiche in Ahrensburg und im Kreis Stormarn würden sehr erheblich belastet.

Die Verzögerung bei der S4 ist laut Presseberichten durch die Vielzahl von Klagen absehbar. Der Verlauf entlang bzw durch das FFH Gebiet im Höltingbaum hat ebenfalls ein erhebliches Klagerisiko. Evtl wird deshalb nur eine S4 bis Rahlstedt gebaut und im Kreis Stormarn gibt es keine neuen Gleise, also keinen neuen Lärmschutz, aber einen sehr erheblichen Gütererkehr, insbesondere in der Nacht. Der Plan den Güterverkehr ausgerechnet durch das dichtbesiedelte Gebiet entlang der Bestandsstrecke zu leiten gehört abgewendet. Neben dem Lärm ist auch ein erheblicher Anteil von Gefahrguttransporten nach Aussagen der DB zu erwarten. Wir verlangen, dass bei den Planungen alle Alternativen der Lenkung der Güterverkehre, die nicht das Ziel Hamburg haben, durch möglichst wenig besiedelte Bereiche untersucht werden.

Detlef Steuer (WAB)